

**Forderung nach einer schadlosen und hochwertigen Verwertung von Klärschlamm
inklusive Rückgewinnung von Phosphaten**

1. Wir fordern den Senat, insbesondere die zuständigen bremischen Behörden
5 (SKUMS sowie Gewerbeaufsicht) vor einer eventuellen Genehmigung der KVA
auf, alle alternativen Verfahren der Klärschlammbehandlung bzw. Phosphorge-
winnung sorgfältig zu prüfen, insbesondere das sog. Pyreg-Verfahren. Wir for-
dern, dass die Bremische Bürgerschaft sowie die Genehmigungsbehörde sich
noch einmal mit diesem Verfahren beschäftigt, bevor mit dem Bau einer Mono-
10 verbrennungsanlage Fakten geschaffen werden, die mittelfristig nicht rückgän-
gig zu machen sind.
2. Wir fordern die Erstellung eines Gesamtkonzeptes, welches eine Reduzierung
der Gesamtbelastung für die Gröpelinger und Oslebshauser Bevölkerung gemäß
der Formulierung im aktuellen Koalitionsvertrag (Geruch, Lärm, Verkehr) bein-
15 haltet. Wir fordern, dass der Gröpelinger Stadtteilbeirat bei der Erstellung dieses
Konzeptes beteiligt wird. Die schon jetzt bestehenden Vorbelastungen durch die
Betriebe im Hafen sowie die aktuelle Verkehrssituation für den Ortsteil Oslebs-
hausen sind immens hoch. Zusätzliche Belastungen sind nicht hinzunehmen.
3. Im Rahmen des Entscheidungs- und Genehmigungsverfahrens ist ein Maximum
20 an Transparenz zu gewährleisten. Die Bürgerinnen/Bürger des Stadtteils sind
angemessen zu informieren und bei den anstehenden Prozessen einzubeziehen.